STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle/Aktenzeichen: Stadtplanung

Sitzungsvorlage

Datum: 06.04.2004

Drucksache Nr.: **04/0151**

öffentlich

Beratungsfolge: Planungs- und Verkehrsausschuss
Rat

Sitzungstermin: 04.05.2004

26.05.2004

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 225 „Lindenstraße“ in Sankt Augustin Hangelar, südlich der Lindenstraße in Höhe der Einmündung „Alte Heerstraße“

1. Beschluss über die während der Auslegung vorgebrachten Anregungen
2. Beschluss über eine Änderung des Entwurfes nach der Auslegung
3. Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Der Planungs- und Verkehrsausschusses empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die während der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 225 „Lindenstraße“ vorgebrachte Anregung der Bezirksregierung Düsseldorf entsprechend der Erläuterung in der Planung zu berücksichtigen.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Änderung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 225 „Lindenstraße“ (Verbreiterung der südwestlich der zentralen Grünfläche gelegenen Verkehrsfläche von 3 auf 4 m) nach der Auslegung im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Bebauungsplan Nr. 225 „Lindenstraße“ für den Bereich in Sankt Augustin-Hangelar, Gemarkung Hangelar, Flur 5, südlich der Lindenstraße in Höhe der Einmündung Alte Heerstraße, aufgrund der §§ 7 und 41 GO NW sowie des § 10 BauGB in den jeweils zurzeit gültigen Fassungen einschl. der

aufgrund des § 86 Abs. 4 BauO NW in der zurzeit gültigen Fassung aufgenommenen gestalterischen Festsetzungen als Satzung sowie die Begründung hierzu.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind im Geltungsbereichsplan vom 10.06.2003 dargestellt. Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Problembeschreibung/Begründung:

Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 225 erfolgte vom 05.01.2004 bis zum 06.02.2004 (einschließlich). Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 09.01.2004 von der Auslegung unterrichtet.

Von Bürgerinnen und Bürgern wurden während der Auslegung keine Anregungen vorgebracht.

Die Bezirksregierung Düsseldorf macht mit Schreiben vom 15.01.2004 darauf aufmerksam, dass der Planbereich im beschränkten Bauschutzbereich des Verkehrslandeplatzes Bonn/Hangelar liegt und daher die Erteilung von Baugenehmigungen jeglicher Art der luftrechtlichen Zustimmung der zuständigen Luftfahrtbehörde bedarf. Dies gilt auch für Bauvorhaben, für die keine Baugenehmigung erforderlich ist.

Auf die Bestimmungen des Luftverkehrsgesetzes, die im Planbereich gelten, wird im Bebauungsplan hingewiesen.

Die Bezirksregierung Köln erklärt mit Schreiben vom 05.02.2004, dass hier Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln nicht vorliegen. Gleichwohl macht sie auf Verhaltensregeln aufmerksam, falls sich wider Erwarten Kampfmittelfunde während der Erd-/Bauarbeiten ergeben.

Bereits im Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 225 wurde auf die Verhaltensregeln beim Auffinden von Kampfmitteln hingewiesen.

Eine nochmalige Überprüfung der Erschließungsanlage auf ihre Durchfahrbarkeit für dreiachsige Müllfahrzeuge hat ergeben, dass es in dem 3 m breiten Wohnweg südwestlich der Grünanlage zu Schwierigkeiten kommen kann. Um diese zu vermeiden, ist es sicherer, diese Verkehrsfläche von 3 auf 4 m zu verbreitern. Durch diese Änderung nach der Auslegung werden die Grundzüge der Planung nicht berührt. Betroffen von dieser Änderung sind die RSAG, die eine Durchfahrbarkeit mit dreiachsigen Müllfahrzeugen gewährleistet wissen will sowie der Grundstückseigentümer, der sein Einverständnis erklärt hat. Von daher sind die Bedingungen (Gelegenheit der Betroffenen zur Stellungnahme) des § 13 BauGB für die Änderung des Entwurfes nach der Offenlage erfüllt, so dass der geänderte Entwurf nach dem Beschluss der Änderung als Satzung beschlossen werden kann.

In Vertretung

Rainer Gleß
Techn. Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat finanzielle Auswirkungen
 hat keine finanziellen Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf Euro.

- Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.
 Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich.
Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereitzustellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr Euro.